

Keine prekäre Arbeit und tariffreien Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!

Infobrief, 18. Dezember 2014

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

40 % der ArbeitnehmerInnen in Berlin sind prekären Arbeitsverhältnissen, oft ohne Tarifvertrag, ausgeliefert. Viele davon in Betrieben und Einrichtungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin.

Auf einer Veranstaltung vom 16. September haben sich ca. 150 KollegInnen auf Einladung von vier Kreisverbänden der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) versammelt (davon die meisten von prekärer Arbeit Betroffene), um über ihre Situation zu berichten und darüber zu diskutieren, wie der Kampf für die Aufhebung prekärer, entrechteter und tarifloser Arbeitsverhältnisse geführt werden kann. Sie kamen aus dem Gesundheitswesen, von der Charité Facility Management (CFM) und von Vivantes, aus dem Kulturbereich, den Musikschulen, der VHS, dem Technikmuseum, dem Botanischen Garten und dem Opernhaus, aus den Schulen und Universitäten, den Schul- und Landesbibliotheken, den Verkehrsbetrieben BVG und S-Bahn, aus den Kinder- und Jugendambulanzen, den Wohnungsbaugesellschaften, vom Flughafen...

Die Veranstaltung wurde zu einer überzeugenden Demonstration für die Forderungen, die an die anwesenden Verantwortlichen der SPD und der AfA gerichtet wurden:

Es muss Schluss sein mit prekärer Beschäftigung, mit einer Politik des Kaputtsparens, deren Ergebnis Ausgliederungen, Lohndumping und Tarifflucht sind.

Am 25. November haben sich in Folge dieser Versammlung über 30 KollegInnen aus vielen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge Berlins getroffen, unter ihnen GewerkschafterInnen aus landeseigenen Krankenhäusern, aus sozialen Diensten, von Hochschullehrbeauftragten und -sekretärinnen, Musikschulen und Museen, um Bilanz zu ziehen und Vorschläge für weitere Aktionen zu vereinbaren.

Vorhergegangen war eine Demonstration von Vivantes-Beschäftigten und des ver.di-Bezirks Berlin vor dem SPD-Landesparteitag am 8. November.

Aktuell geht es um die geplanten Aus-

gründungen bei Vivantes, Deutschlands größtem Klinikum in öffentlicher Hand: „Nehmen Sie die gerade beschlossenen weiteren Ausgliederungen bei Vivantes zurück, denn sie werden zur Ausweitung tarifvertragsfreier Zonen und prekärer Beschäftigung führen“, forderten die KollegInnen von den SPD-Verantwortlichen.

Außerdem wurde ein ver.di-Flugblatt an die Delegierten des SPD-Parteitags verteilt mit der Forderung nach politischen Maßnahmen gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tarifflucht, sowie gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und tarifvertragsfreie Zonen.

Es ist genug!

Die Aktionen der KollegInnen zeigen die zunehmende Bereitschaft der KollegInnen aus den öffentlichen Betrieben und Einrichtungen, die unter Verantwortung des Landes Berlin stehen, gegen die entwürdigenden prekären – oft tariflosen – Beschäftigungsverhältnisse zu kämpfen.

Ihr Kampf hat ein Echo in der SPD, besonders bei der AfA, gefunden.

So wiesen Mitglieder der AfA auf dem Treffen am 25.11. auf den Beschluss des SPD-Landesparteitags hin, der sich an alle Verantwortliche der SPD im Land und in allen Bezirken richtet: „Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit dem Stopp aller Ausgliederungen, beginnend mit den geplanten Ausgliederungen bei Vivantes.“ (Zur Situation bei Vivantes siehe Bericht der KollegInnen auf Seite 3)

In dem Beschluss heißt es weiter: Wenn wirklich Schluss gemacht werden soll mit prekären Arbeitsverhältnissen und tarifvertragsfreien Bereichen braucht Berlin „eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive zur Rettung und Wiederherstellung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur Berlins, finanziert durch den öffentlichen Haushalt“.

In der Diskussion unter den KollegInnen wurde klar, dass dieser Beschluss und auch entsprechende Beschlüsse vorhergehender Parteitage wichtige Stützpunkte für den Kampf sind, die

Forderungen damit aber noch keineswegs umgesetzt sind. Vor allem müsse man dafür eintreten, dass die Gewerkschaften den Kampf für die Aufhebung prekärer Arbeit konsequent führen und die gesamte gewerkschaftliche Kraft für diesen Kampf mobilisieren und organisieren.

Für eine Konferenz gegen prekäre Beschäftigung in Berlin im Frühjahr 2015, organisiert durch den DGB

In diesem Zusammenhang wurde der Beschluss des ver.di Landesbezirksvorstandes Berlin-Brandenburg von den KollegInnen auf dem Treffen am 25.11. begrüßt, in dem der DGB Berlin aufgefordert wird, im Frühjahr 2015 eine Konferenz zu prekärer Beschäftigung in Berlin einzuberufen. Deren Teilnehmer sollen sein: Vertreter der Gewerkschaften, in deren Verantwortungsbereich prekäre Beschäftigte stattfindet (also ver.di, GEW, EVG, NGG und IGM), Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und gewerkschaftliche Betriebsgruppen aus den betroffenen Betrieben und Einrichtungen und Kolleginnen und Kollegen, die prekär beschäftigt sind.

Nach einer sehr angeregten Diskussion wurde beschlossen, den Vorschlag einer solchen Konferenz bei den KollegInnen bekannt zu machen und mit ihnen den Kampf für ihre erfolgreiche Durchführung aufzunehmen und dafür auch in den Gewerkschaften einzutreten.

Das vorliegende Faltblatt ist ein erster Beitrag um die Kämpfe KollegInnen und weitere Beiträgen zur Situation der betroffenen KollegInnen, sowie die in der Gewerkschaft ver.di und der SPD erreichten Beschlüsse zu dokumentieren. Vor allem aber auch weitere Initiativen von gewerkschaftlichen Organen/Fachbereichen und Betriebsgruppen...

Wir wenden uns an alle Kolleginnen und Kollegen, schickt uns Eure Berichte oder Diskussionsbeiträge!

Das nächste Treffen wird am 9. Januar 2015 um 19:00 Uhr stattfinden.

Nehmt Kontakt aus, wir laden Euch gerne ein.

Volker Prasuhn,

In diesem Infobrief für den gegenseitigen Austausch sind folgende Beiträge, Stellungnahmen und Beschlüsse enthalten:

Erklärung vom 16. September 2014

Vivantes

Seite 3-7

Beitrag von ver.di-Kolleginnen und -Kollegen zur Entwicklung und aktuellen Situation bei Vivantes
Grußwort der ver.di-Betriebsgruppen in Vivantes an die Delegierten des SPD-Landesparteitages (vom 4.11.2014)

Offener Brief an die Senatoren u.a.

Brief an den Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses

Resolution der ver.di-Bezirkskonferenz Berlin vom 29.11.2014 zu Vivantes

Offener Brief der Initiatoren der AfA-Veranstaltung vom 16.12.2014

Botanischer Garten

Seite 8

T&M GmbH im Technik-Museum: Bericht von ver.di-KollegInnen

Seite 9

Soziale Dienste (im Bereich Kinder- und Jugendambulanzen): Situationsbeschreibung und Forderungen der ver.di Betriebsgruppen-Treffen am 4.12.2014 des Sozialverbandes VdK Berlin-Brb. e.V.

Seite 10

Musikschulen: Zur Lage der so genannten „freiberuflichen“ Lehrkräfte an den Musikschulen der Berliner Bezirke. Bericht einer GEW-Kollegin

Seite 10

Lehrbeauftragte an den Hochschulen: Bericht einer GEW-Kollegin zum Aktionstag vom 6. November 2014 und zur Situation der Lehrbeauftragten

Seite 11

Hochschulsekretärinnen: Bericht einer ver.di-Kollegin

Seite 13

Beschlüsse und Stellungnahmen Seite 14/16

Beschluss des ver.di- Landesbezirksvorstandes Berlin-Brandenburg vom 24.11.2014 **für eine Konferenz des DGB Berlin** zu prekärer Beschäftigung in Berlin im Frühjahr 2015

Beschluss des Landesparteitages der Berliner SPD vom 8. November 2014

Flugblatt des ver.di Bezirks Berlin, verteilt auf dem Landesparteitag der SPD Berlin am 8. November 2014 „Ja zu Berlin – Nein zum Kaputtsparen. Berlin braucht einen politischen Neuanfang“

Tarifeinheit

Seite 16

Kontakt / Verantwortlich für die Zusammenstellung: Volker Prasuhn, E-Mail: prasuhn@gmx.de

Erklärung vom 16. September 2015

Keine Prekäre Arbeit und tariffreien Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaften der ArbeitnehmerInnen (AfA) von Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick, haben sich Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen am 16. September 2014 im DGB-Haus getroffen und diskutiert.

Auf der Grundlage der Berichte aus landeseigenen Krankenhäusern (Charité, CFM, Vivantes) und Wohnungsbaugesellschaften, von Hochschul-Lehrbeauftragten, aus den Musikschulen, Bibliotheken, dem Botanischen Garten, dem Technik-Museum und von den angestellten Lehrern, aus den Sozialen Diensten, und aus den Verkehrsbetrieben,

erklären wir:

◆ **Schluss mit den prekären, entrechteten Arbeitsverhältnissen in Berlin!**

◆ **Schluss mit der Ausweitung ungesicherter Arbeit!**

◆ **Schluss mit der Auslagerung von ganzen Arbeitsbereichen mit den Folgen mangelnder tarifvertraglichen Regelungen und Schutzbestimmungen.**

Die Berichte zeigen, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung gemacht haben: mit der Befristung der Arbeitsverträge, mit Entgeltverträgen statt Tarifverträgen, d.h. mit tarifvertragsfreien Zonen. Das bedeutet ungleiche Entlohnung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, extreme Arbeitsbelastung und Existenznöte ...

Es muss Schluss sein mit der rigiden Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten - im Namen der Schuldenbremse und der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (ob mit oder ohne Beteiligung privater Anteilseigner).

Die Schaffung von Niedriglohnsektoren mit unsicherer Beschäftigung und tarifvertragsfreien Zonen zielen immer auch auf eine Schwächung unserer Gewerkschaften in den Betrieben.

Wir begrüßen es, dass die AfA Berlin die Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften zur Sicherung der Tarifbindung in allen Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, die dem Ziel dienen, die Flächentarifverträge des Öffentlichen Dienstes Geltung zu verschaffen, unterstützt.

Berlin braucht ein Investitionsprogramm, finanziert aus dem öffentlichen Haushalt.

Wir fordern alle Berliner SPD-Verantwortlichen und Abgeordneten auf – alle die sich auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend berufen:

◆ **Ergreift politische Initiativen gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tariffucht.**

◆ **Sagt Nein zu prekären, entrechteten Beschäftigungsverhältnissen und tarifvertragsfreien Zonen in Berlin.**

Diese Erklärung haben auf der Veranstaltung „Prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ weit mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet

„Vom Dank des Patienten werden wir nicht satt...!“

Tariffucht und forciertes Ausgliederungsbestreben auch im größten kommunalen Krankenhauskonzern Vivantes

ver.di-Aktionsbündnis der TherapeutInnen gegen Ausgliederung bei Vivantes

Der Vivantes-Konzern, mit rund 15.000 Mitarbeitern das größte kommunale Krankenhaus-Unternehmen Deutschlands, verantwortet zu knapp einem Drittel die stationäre Grundversorgung der Berliner Bevölkerung.

Die Konzernführung will mit der Unternehmensstrategie max2, welche pro Jahr eine maximale Personalkostensteigerung von 2% vorsieht, das Unternehmen gewinnbringend weiter führen. Schon in den vergangenen Jahren sind hier neben den üblichen Dienstleistungen wie Reinigung, Speisen- und Textilversorgung weitere Bereiche in Tochter-

gesellschaften überführt worden. Nun werden auch die direkt am Heilungsprozess der Patientinnen und Patienten beteiligten therapeutischen MitarbeiterInnen mit der Ausgliederung in tariflose Beschäftigungsverhältnisse konfrontiert! Und weitere sollen folgen. Als Argumente der Geschäftsführung für diese „normalen Maßnahmen zur Stabilisierung des Unternehmens“ werden die im Marktvergleich „überdurchschnittlichen“ Löhne und Gehälter der „Beschäftigten im Grauen Bereich“ angeführt. Nach 10 Jahren Einkommensverzicht im Umfang von jährlich 30 - 40 Mio. Euro mehren sich nun die Proteste und der Widerstand unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ende Juni 2014 rief ver.di zu einer stärkeren Vernetzung der Betroffenen untereinander auf, um sich gegen die vom Konzern angekündigten Ausgliederungsbestrebungen zu formieren.

Der Betriebsrat führte Teilbetriebsversammlungen zur Information der betroffenen Berufsgruppen durch und hatte vor Gericht eine dreimonatige Frist erwirkt, in der umgehend für alle betroffenen Bereiche Projektgruppen gebildet werden mussten.

Die vom Betriebsrat und den Therapeutinnen formulierten Fragen sind in den Projektgruppen-Treffen arbeitgeberseitig nicht klärend beantwortet

worden, der Unmut unter den KollegInnen wuchs.

Die Aktionen nahmen in verdichteter Abfolge zu und fanden in enger Zusammenarbeit mit den Ver.di-Vertrauensleuten, Betriebsgruppen und dem Betriebsrat statt.

Es folgten:

→ eine Unterschriftenaktion unter den Vivantes-Beschäftigten gegen die geplanten Ausgliederungen

→ selbstinitiierte Treffen der TherapeutInnen mit Unterstützung von Ver.di zur weiteren Vernetzung, Aktionsplanung und -vorbereitung

→ ein ver.di-Seminar für Vivantes - MitarbeiterInnen zu den Grundlagen der Tarifpolitik und Konzeption eines Flugblattes für MitarbeiterInnen (Informationen im Zusammenhang mit § 613a¹⁾)

→ Kontaktaufnahmen zu Unterstützern: von Berufs- und Interessenverbänden wurden Protestschreiben an die Vivantes-Geschäftsführung gesandt

Es wurde offensiv demonstriert:

→ ver.di-Protestdemo am 23.9.14 vor der Konzern-Zentrale anlässlich der Aufsichtsratssitzung, Unterstützung der betroffenen MitarbeiterInnen durch Vivantes-KollegInnen, durch Berufsverbände und SchülerInnen und StudentInnen in der therapeutischen Ausbildung, durch angestellte und niedergelassene TherapeutInnen Berlins, Übergabe der gesammelten Unterschriften an Finanzsenator Nußbaum, der Beschluss zur Gründung der Tochter „Therapeutische Dienste GmbH“ wurde bekannt gegeben.

→ Ausdehnung der Aktivitäten in die politische Ebene: Teilnahme an der Diskussionsrunde am 16.9.14 zum Thema: „Schluss mit prekärer Beschäftigung, Tariffucht und Lohndumping im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“, zu der die AfA² aufgerufen hatte, sowie Teilnahme an den Folgetreffen und Mitarbeit in der Arbeitsgruppe gegen prekäre Beschäftigung in den kommunalen Betrieben

→ Protest am 08.11.14 vor dem Landesparteitag der SPD und Verteilen des Grußwortes der Vivantes-

Betriebsgruppen an die Delegierten der SPD³: Appell an die SPD, ihre Mitverantwortung durch die Übernahme der Investitionsverpflichtungen gegenüber Vivantes zu tragen

→ Der Antrag des AfA-Landesvorstandes an den Landesparteitag wird einstimmig angenommen und verabschiedet⁴

→ Mahnwache und Aktion zur Aufsichtsratssitzung am 10.12.14

Protestschreiben und Petitionen entstanden:

→ Verfassen eines Offenen Briefes an die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und die Senatoren Nußbaum und Czaja⁵

→ Initiierung der Online-Petition: „Keine Ausgliederung der psychiatrischen Therapeuten bei Vivantes“⁶, die Petition wurde von über 5.000 Menschen unterstützt und am 04.12.14 dem Gesundheitssenator überreicht

→ Verfassen einer Petition an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin⁷ mit der Forderung, den Beschluss zur Gründung einer Tochter „Therapeutische Dienste“ rückgängig zu machen sowie weitere Ausgründungen mit dem Ziel der Tariffucht aus dem TVöD bei Vivantes zu stoppen, die Petition wurde am 08.12.14 übergeben.

Auf der ver.di-Bezirkskonferenz am 29.11.14 ist eine Resolution mit der Forderung, den Kampf gegen prekäre Beschäftigung zu beginnen und alle Ausgründungsbestrebungen der Kommunen zu stoppen, einstimmig verabschiedet und an den designierten regierenden Bürgermeister Michael Müller übergeben worden. Dieser bekundete, eine entsprechende Entscheidung in die Sitzung des Vivantes Aufsichtsrates am 10.12.14 einzubringen⁸.

Inzwischen ist bekannt, dass bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung 2015 keine weiteren Ausgründungen beschlossen werden. Aber: die Tochter „Therapeutische Dienste GmbH“ existiert seit Anfang Dezember, neu-

Grußwort

an die Delegierten des Landesparteitages der SPD vom 8. November 2014 (Auszüge)

eingestellte MitarbeiterInnen sollen hier angestellt werden. Es gibt bereits Stellenanzeigen in den Online-Portalen, die Vergütungsstufen in der Tochtergesellschaft liegen nach Plänen der GmbH deutlich unterhalb des TvÖD.

Auf einer Führungskräftekonferenz wurden parallel zur Gründung der GmbH Therapeutische Dienste die Vivantes Führungsgrundsätze und das Leitbild veröffentlicht. Unter der Fragestellung, wie es gelingen könne, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur gut, sondern auch gern im Unternehmen arbeiten, äußerte die Geschäftsführerin Frau Dr. Grebe dort: „Wichtig sind Offenheit und Transparenz, ein offener Diskurs ermöglicht Vertrauen und Verbundenheit und erzeugt letztendlich Wärme...“!

Herr Müller wird sich nun an seinen – auf der Bezirkskonferenz von intensivem Beifall begleiteten – Worten messen lassen müssen! Die ver.di-Betriebsvorsitzende Susanne Stumpfenhusen sagte zu, den neuen Bürgermeister in einem Brief an seine Absichtserklärungen zu erinnern.

Die Vivantes-Beschäftigten werden sich auf der nächsten, kurzfristig anberaumten Teilbetriebsversammlung am 19.12.14 beraten und das weitere Vorgehen besprechen.

1 § 613a BGB: Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang

2 AfA: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

3 Grußwort: Siehe Seite 4-5

4 Beschluss des SPD-

Landesparteitages: Siehe Seite 14

5 Offener Brief an die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und die Senatoren ...: Siehe Seite 5

6 <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-ausgliederung-der-psychiatrischen-therapeuten-bei-vivantes>

7 Brief an Petitionsausschuss im Abgeordnetenhaus (Auszüge): Siehe Seite 6

8 Resolution der ver.di-Betriebskonferenz vom 29.11.14: Siehe Seite 7

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in großer Sorge um die weitere Entwicklung an den Berliner Krankenhäusern, die sich im Besitz des Landes Berlin befinden, bitten wir um Ihre/Eure Aufmerksamkeit.

Die Gesundheit der Berliner Bevölkerung ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und deren Sicherung damit ein vorrangiges Ziel politischen Handelns. Das Unternehmen Vivantes ist für knapp ein Drittel der stationären Grundversorgung des Landes Berlin verantwortlich.

Wir Beschäftigte des Unternehmens Vivantes wollen dieser Verantwortung gerecht werden.

Dazu gehört eine ordnungsgemäße Finanzierung der stationären Gesundheitsversorgung. Die duale Versorgung der stationären Gesundheitsversorgung bedeutet, die finanzielle Übernahme der Lohn- und Gehaltskosten und der Instandhaltungskosten durch die Krankenkassen,

nach Fallkosten und Fallmenge abgerechnet. Die notwendigen Investitionsmittel sind nach gesetzlicher Vorgabe den Krankenhäusern durch die Landeshaushalte zu erstatten.

Das Land Berlin ist dieser gesetzlichen Verpflichtung in der Vergangenheit nur höchst unzureichend nachgekommen.

Damit die dringlichsten Investitionen überhaupt finanziert werden konnten, musste immer wieder auf die Gelder zurückgegriffen werden, die eigentlich zur Finanzierung der Löhne und Gehälter von den Krankenkassen bereitgestellt wurden. Seit zehn Jahren verzichten die Vivantesbeschäftigten auf Gehaltsbestandteile in der Größenordnung von jährlich ca. 30 – 40 Mio. Euro. Diese Gelder sind in die Finanzierung von notwendigen Investitionen geflossen und darüber hinaus in besonders aufwendige Instandhaltung, welche durch versäumte Investitionen entstanden sind. Der mit Gründung des Unternehmens Vivantes vorhandene Investitionsstau ist dennoch weiter angewachsen.

Auszüge aus einem Interview des Tagesspiegel vom 2. September 2014 mit Andrea Grebe, Geschäftsführerin der Vivantes

Schon jetzt arbeiten 2500 Vivantes-Beschäftigte in Tochterfirmen – nun gründen sie auch die Physiotherapeuten aus. Bringt's das?

Wir brauchen so schnell wie möglich flexiblere Vergütungsstrukturen. Neue Mitarbeiter können in Tochterfirmen zu niedrigeren, branchenüblichen Löhnen eingestellt werden. Wir sparen hier also Geld, während die jetzigen Beschäftigten Bestandsschutz genießen. Ziel ist es aber, alle Berufsgruppen in ein hauseigenes Tarifwerk zu integrieren. Die Tochterfirmen sind also nur eine Etappe.

Nicht für alles ist das Land zuständig, reine Instandhaltung tragen wir selbst. Aber es gibt seit Jahren einen Investitionsstau. Dadurch werden die Kosten für die Sanierungen alter Häuser höher. Auf absehbare Zeit fehlen uns 40 Millionen Euro im Jahr zusätzlich vom Land. Wenn das Geld nicht kommt, wird irgendwann die Qualität leiden.

In der Folge entwickelte sich, neben einem wachsenden Investitionsstau, ein gravierender Personalnotstand, eine nahezu unerträgliche Überlastung des Personals und damit in direkter Verbindung ein erheblicher Qualitätsverlust in der stationären Gesundheitsversorgung.

Die stationäre Gesundheitsversorgung darf nicht weiter kaputt gespart werden.

Nach 10 Jahren Lohnverzicht ist es in diesem Jahr endlich gelungen, den Beschäftigten den normalen Tariflohn zu zahlen. So groß unsere Freude darüber ist, so sehr bedauern wir, dass sich die Geschäftsführung von Vivantes offenbar gezwungen sieht, nunmehr andere Sparmaßnahmen einzuleiten.

Bereits jetzt gibt es eine Reihe von Tochterunternehmen bei Vivantes, die in einem tariflosen Zustand sind und damit für viele Beschäftigte prekäre Arbeitsverhältnisse bedeuten. Dieser unwürdige Zustand soll nun weiter aus-

gebaut werden.

Eine neue Tochtergesellschaft ist in der Gründungsphase – die „Therapeutische Dienste GmbH“. Hier sollen Krankengymnasten, Ergotherapeuten, Musiktherapeuten, Logopäden und viele weitere therapeutische Berufsgruppen in einer GmbH zusammengefasst und zu sogenannten „Marktpreisen“ beschäftigt werden. Einstiegslohn sollen hier 1800.- € brutto sein – es entstehen damit weitere prekäre Arbeitsverhältnisse.

Die Beschäftigten in der technischen und hauswirtschaftlichen Versorgung, inklusive des Patientenbegleitservices sollen in eine bereits existierende Service GmbH übergeleitet werden, ebenfalls ein tarifloser Bereich. Dieser Bereich ähnelt der bekannten Charite Faciliti Management GmbH kurz CFM, mit den aus jüngster Vergangenheit bekannten Problemen. Im Doppelpack werden diese Probleme nicht geringer.

Im Weiteren ist geplant, bereits Anfang des nächsten Jahres eine Verwaltungs- GmbH zu gründen und große Teile der Verwaltung dorthin überzuleiten – selbstverständlich ebenfalls eine Tochtergesellschaft in tariflosem Zustand.

Dies alles unter der Eigentümerschaft des Landes Berlin. Wir können nicht glauben, dass die SPD dies als Partei wirklich befürwortet oder zulässt. (...)

Soll diese Lawine wirklich losgetreten werden? Kann die SPD dies als Partei mitverantworten?

Wir fordern den Landesparteitag auf, der Zerstörung der stationären Gesundheitsversorgung durch Kaputtsparen ein Ende zu setzen.

Ein Neuanfang in der Berliner Landespolitik ist nötig und möglich.

Stellt sicher, dass zukünftig die Investitionskosten der Berliner Krankenhäuser durch das Land Berlin in vollem Umfang erstattet werden.

Die - durch die Erstattung der Investitionskosten - freiwerdenden Gelder müssen direkt in zusätzliches Personal umgewandelt werden, damit die unerträgliche und gefährliche Überlastung des Personals endlich ein Ende hat und eine normale Qualität der Patientenversorgung gesichert werden kann.

Verhindert weitere Ausgliederungen und Überleitungen von Beschäftigten in Tochtergesellschaften ohne dauerhafte Besitzstandswahrung.

Tochtergesellschaften deren Eigentümerin das Land Berlin ist, dürfen keinesfalls tariffreie Zonen sein.

Setzt euch für eine Gesetzesinitiative ein, welche dauerhafte Personalgestellungen, als Ausnahmeregelung auch in Zukunft möglich machen.

Offener Brief an die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und die Senatoren Nußbaum & Czaja

Sehr geehrter Herr Dr. Nußbaum,
Sehr geehrter Herr Czaja,
Sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrates der Vivantes GmbH,
Sehr geehrte Frau Dr. Grebe,
Sehr geehrter Herr Dr. Friese

Betr.: Geplante Ausgliederung der therapeutischen Dienste

Die Geschäftsführung der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH plant, alle therapeutischen Bereiche, wie Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Musiktherapie, Tanztherapie, Kunsttherapie, Gestalttherapie etc., in eine Tochtergesellschaft auszugliedern. Darüber hinaus beabsichtigt der größte kommunale Klinikkonzern Deutschlands die Ausgliederung weiterer Bereiche. Das halten wir aus wirtschaftlicher und fachlicher Sicht für eine Fehlentscheidung.

Alle Beschäftigten der Vivantes GmbH haben durch langjährigen Lohnverzicht die Existenz und Sanierung des Konzerns erst ermöglicht. Wir sind nicht bereit, durch weiteren Lohnverzicht oder fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die unterlassene Finanzierung des Landes Berlin zu bezahlen.

Das Land Berlin ist gesetzlich verpflichtet, Investitionen für Vivantes zu finanzieren. Wir erwarten von der Geschäftsführung der Vivantes GmbH, die im Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgeschriebenen und bereitzustellenden Investitionsmittel vom Land Berlin einzufordern, anstatt durch Ausgliederung Tarifrucht aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zu begehen. Zudem fordern wir den Senat von Berlin auf, seiner Finanzierungsverpflichtung gegenüber Vivantes nachzukommen.

Das von der Geschäftsführung genannte Einsparpotential durch die Ausgliederung ist mehr als fraglich, da hierdurch Qualitätsminderungen zu erwarten sind, die zu Erlösverlusten führen.

Prekäre Arbeitsbedingungen und niedrigere Entlohnung neu eingestellter Mitarbeiter/ innen senken erfahrungsgemäß Motivation, Leistungsumfang und Arbeitsqualität, führen zu Identitätsverlust, erhöhen die Mitarbeiterfluktuation und schädigen nachhaltig das Betriebsklima. Instabile Teamstrukturen und häufig wechselnde Mitarbeiter/innen sind für Bereiche mit spezifischen rehabilitativen Schwerpunkten, in Kliniken mit besonderen diagnostischen Leistungsspektren sowie in der Arbeit mit Kindern und psychisch Erkrankten kontraproduktiv. Sie bedingen Informationsverlust, kommunikative Defizite und verhindern den Aufbau einer stabilen Beziehung zwischen Therapeut/in und Patient/in.

Die geplante Abwärtsentwicklung im Gehaltsniveau steht zudem in deutlichem Kontrast zur europaweiten Entwicklung hin zur Akademisierung der therapeutischen Berufe.

Wir erwarten die Wertschätzung, die unserer geleisteten Arbeit entspricht. Diese drückt sich vor allem darin aus, dass das Niveau unserer therapeutischen Leistungen und der bisherigen Arbeitsbedingungen hinsichtlich Rechtsrahmen, Vertragstreue, Bezahlung und Weiterbildungsmöglichkeiten sichergestellt wird. Nur dies ist weitzblickende und verantwortungsvolle Unternehmenspolitik!

Wir fordern Sie, Herr Senator Nussbaum, Herr Senator Czaja und den Aufsichtsrat der Vivantes GmbH auf, die geplanten Ausgliederungen zu verhindern.

In ihrer Funktion als zuständige Senatoren für Gesundheit und Finanzen fordern wir Sie auf, dass der Senat seiner Finanzierungsverpflichtung nachkommt.

Wir fordern Sie, die Geschäftsführung der Vivantes GmbH auf, die Ausgliederungen nicht weiter zu verfolgen.

Im Vertrauen auf eine weise und weitsichtige Entscheidung für unsere Patienten und uns Therapeuten verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Brief vom 7. Dezember 2014 an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhaus von Berlin (Auszüge)

Sehr geehrte Frau Thamm,
sehr geehrter Herr Kugler,

sehr geehrte Damen und Herren im
Petitionsausschuss,

während der Sitzung des Aufsichts-
rates der Vivantes-GmbH am
23.09.2014 haben die Herren Senato-
ren Nussbaum und Czaja in ihrer
Aufsichtsratsfunktion bei der Vivan-
tes- GmbH den Beschluss mitgetra-
gen, eine Tochtergesellschaft
„Therapeutische Dienste GmbH“ zu
gründen. Es sollen alle therapeuti-
schen Bereiche ausgegliedert und in
diese Tochter überführt werden.

Die Aufsichtsratsitzung am
10.12.2014 soll als nächstes die Über-
führung der Bereiche Patientenbe-
gleitservice, Facility Management,
Lager/Logistik und Einkauf in eine
„Service Tochter“ beschließen.

Diese Entscheidungen wurden ge-
troffen, um mittels Einsparungen bei
den Lohnkosten (Reduzierung von
bis zu 50%!) die unterlassene Aus-
stattung mit ausreichenden finanziel-
len Mitteln für notwendige Investiti-
onen auszugleichen. Dies kann und
darf nicht der richtige Weg sein, die

**Patientenversorgung der Berliner zu
sichern!**

**Ferner kommt das Land Berlin nicht
mehr seiner Fürsorgepflicht für die
Beschäftigten des landeseigenen Unter-
nehmens Vivantes nach, wenn deren
existenzsichernde Einkommen bzw.
deren existenzsichernde Altersrente
zur Disposition gestellt werden.**

Zum Hintergrund:

Vivantes ist für ca. ein Drittel der station-
ären Grundversorgung des Landes Ber-
lin zuständig. Der Senat sieht zukünftig
pro Jahr eine pauschale Investitionsförde-
rung in Höhe von 11 Mio. € vor; lt. Vi-
vantes Geschäftsführung sind jedoch
jährlich 75-80 Mio. € für dringliche In-
vestitionen notwendig.

Es besteht ein erheblicher Investitions-
rückstau. Das Land Berlin kommt somit
nachweislich seit Jahren seiner gesetzli-
chen Pflicht nicht nach.

Um die notwendigen Investitionen den-
noch tätigen zu können, greift Vivantes
auf zugewiesene Mittel der Krankenkas-
sen, welche eigentlich zur Sicherstellung
der medizinischen Versorgung und zur
Deckung der Personalkosten dienen sol-
len, zurück.

Augenscheinlich ist der
Druck der Politik auf
die Geschäftsführung
von Vivantes derzeit
sehr hoch – die Finan-
zierungslücke soll durch
ein Konzept zur Um-
strukturierung des Kon-
zerns möglichst rasch
geschlossen werden.

Aktuell werden die
Möglichkeiten zur
Schließung der Finan-
zierungslücke wieder
bei Gehaltseinsparun-
gen in Höhe von ca. 30
Mio. € pro Jahr gese-
hen.

Dies soll u.a. durch das
Ausgliedern von Aufga-
ben und Leistungen in
Tochterfirmen gesche-
hen. Damit ermöglicht
man eine Bezahlung der

Mitarbeiter unterhalb des für die Mutter
geltenden Tarifes.

Zunächst werden neue Mitarbeiter dort
eingestellt, sehr wahrscheinlich ist mit-
telfristig dann damit zu rechnen, dass
man den in der Mutter verbliebenen
Beschäftigten eine Weiterbeschäftigung
in der neuen GmbH zu schlechteren
Bedingungen anbietet. Spätestens 2016,
mit Auslaufen des Kündigungsschut-
zes, sind hier viele Möglichkeiten für
Veränderungen gegeben.

Wir kritisieren, dass die betroffenen
Senatsverwaltungen diese Form der
Tarifflucht decken und in Kauf neh-
men, dass die geplante finanzielle Ab-
wertung dieser für die Patienten so
wichtigen Leistungen auch qualitative
Verschlechterungen nach sich ziehen
wird.

Wir befürchten, dass sich die Gesund-
heitsversorgung der Berliner Bevölke-
rung durch diese Entwicklung immer
weiter verschlechtern wird!

[...]

**Die Tarifflucht von Deutschlands
größtem kommunalen Krankenhaus-
konzern wird bundesweit neue Nega-
tiv-Maßstäbe setzen. Jahrzehntlang
erkämpfte Rechte und gesicherte
Arbeitsbedingungen werden mit die-
ser politisch motivierten wirtschaftli-
chen Entscheidung zunichte ge-
macht. Der Imageschaden für Vivan-
tes und das Land Berlin ist immens:
Qualifizierte MitarbeiterInnen eines
kommunalen Arbeitgebers müssen
zu prekären Arbeitsbedingungen
arbeiten und drohen dadurch in Al-
tersarmut abzurutschen.**

Sehr geehrte Damen und Herren
vom Petitionsausschuss, bitte setzen
Sie sich mit all ihren Mitteln dafür
ein, dass das Abgeordnetenhaus von
Berlin bzw. der Senat seiner Investi-
tionsverpflichtung nachkommt und
die Geschäftsführung ihren Be-
schluss zur Gründung einer Tochter
„Therapeutische Dienste“ rückgän-
gig macht sowie weitere Ausgrün-
dungen mit dem Ziel der Tarifflucht
aus dem TVöD bei Vivantes stoppt.

07.12.2014

*Aktionsbündnis der Vivantes
Therapeuten gegen Ausgliederung
Initiative gegen die Ausgliederung
der psychiatrischen Therapeuten
bei Vivantes*



„Ohne weiteres konnten die SPD-Delegierten zu ih-
rem Parteitag im Berliner Congress Centrum nicht kom-
men. Vor der Eingangstür bildeten Verdi-Leute ein Spalier
und verteilten Flugblätter. Sie demonstrierten gegen das
Kaputtsparen des Vivantes-Konzerns. Es gebe Tochterun-
ternehmen bei Vivantes, die in einem tariflosen Zustand
seien. Das könne die SPD als Partei nicht mitverantwort-
ten.“ (Tagesspiegel vom 8. 11. 2014)

Resolution der ver.di Bezirkskonferenz am 29.11.2014:

Der Berliner Senat hat es in der Hand:

Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit dem Stopp aller Ausgründungen, beginnend mit den geplanten weiteren Ausgründungen bei Vivantes.

Deshalb fordert die ver.di Bezirkskonferenz vom 29.11.2014 den Senat auf

Keine Gründung von weiteren Tochterunternehmen bei Vivantes.

Keine Überleitung von Beschäftigten in die Service GmbH

Vivantes ist das größte öffentliche Klinikum Deutschlands. Geschäftsführung und Aufsichtsrat beabsichtigen große Teile der Belegschaft in bereits vorhandene oder noch zu gründende Tochtergesellschaften überzuleiten. Schon heute sind mehrere Tochtergesellschaften in tariflosem Zustand oder in Tarifverträgen, die für die Altbeschäftigten erhebliche Lohneinbußen bedeuten würden.

Die Beschäftigten in der technischen und hauswirtschaftlichen Versorgung, inklusive des Patientenbegleitservices sollen in eine bereits existierende Service GmbH übergeleitet werden, ebenfalls ein tarifloser Bereich. Dieser Bereich ähnelt der bekannten Charité Facility Management GmbH, kurz CFM, mit den aus jüngster Vergangenheit bekannten Problemen.

Der Berliner Senat hat die volle politische Verantwortung für das Klinikum Vivantes, das zu 100 % in öffentlicher Hand ist, und damit auch für alle Maßnahmen die von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat getroffen werden.

ver.di Berlin wird den Senat nicht aus seiner Verantwortung entlassen.

Er fordert den Senat auf ausreichende Investitionsmittel für Vivantes zur Verfügung zu stellen, so dass die Investitionen nicht länger aus den Personalkosten zu Lasten des Personals „erwirtschaftet werden müssen.“ Vivantes hat einen normalen jährlichen Investitionsbedarf von ca. 80 Millionen. 50 Millionen werden investiert, davon kommen ca. 20-35 Millionen vom Land Berlin, das allein für die Investitionen zuständig ist. Ca. 25-30 Millionen sollen „erwirtschaftet“ werden, d.h. auf Kosten des Personals. Dabei ist der aufgelaufene Investitionsstau noch nicht berücksichtigt.

Notwendig ist eine Investitionsplanung, die diesen Namen verdient und einen handlungsfähigen Betrieb ermöglicht.

Offener Brief der Initiatoren der AfA-Veranstaltung vom 16. September 2014 an

Michael Müller, SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin
Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus
Jan Stöß, SPD-Landesvorsitzender

Lieber Jan, lieber Raed, lieber Michael,
sicher erinnert Ihr Euch, dass auf unserer Veranstaltung zu prekärer Beschäftigung im September die geplanten Ausgliederungen bei Vivantes eine große Rolle in der Diskussion gespielt haben. Folgerichtig hat der Landesparteitag der Berliner SPD im November den Antrag der AfA verabschiedet, in dem es heißt:

„Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit dem Stopp aller Ausgründungen, beginnend mit den geplanten Ausgründungen bei Vivantes.“

In dem Antrag wurde auch festgehalten, dass das „eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive“ erfordert.

Auf der Bezirkskonferenz von ver.di Berlin, standen die geplanten Ausgliederungen bei Vivantes im Mittelpunkt der Diskussion mit Michael Müller, dem damals noch designierten Regierenden Bürgermeister. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution, die ihm mitgegeben wurde, wurden diese Forderungen nochmals erhoben:

Keine Gründung von weiteren Tochterunternehmen bei Vivantes

Keine Überleitung von Beschäftigten nach § 613a BGB bei Vivantes

Jetzt haben sich die Kolleginnen und Kollegen von Vivantes informiert und erfahren, dass am 3.12. die Tochter „Therapeutische Dienste GmbH“ gegründet wurde und schon Personaleinstellungen vornimmt. Damit wird der Prozess zur Bildung eines weiteren Niedriglohnsektors eingeleitet.

Das kann niemand wollen.

Wir fordern Euch auf, gegenüber dem Senat, dem Abgeordnetenhaus, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung die Initiative dafür zu ergreifen, dass die Tochter „Therapeutische Dienste GmbH“ wieder aufgelöst wird und Vivantes die notwendigen Investitionsmittel erhält.

Für Rückfragen stehen wir Euch gerne zur Verfügung.
Mit solidarischen Grüßen

Vorsitzende der AfA-Treptow-Köpenick:

Dr. Ursula Walker

Vorsitzender der AfA-Reinickendorf: Sven Meyer

Vorsitzender der AfA-Charlottenburg-

Wilmersdorf: Gotthard Krupp

Vorsitzender der AfA-Tempelhof-Schöneberg:

Volker Prasuhn

Vorsitzender der AfA-Berlin: Christian Hass

Botanischer Garten

ver.di Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung Berlin-Brandenburg

Bericht der ver.di-Mitglieder von der Kuratoriumssitzung am 01.10.2014 (Auszüge)

Am 1. Oktober 2014 fand eine Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität statt. Bei dieser Sitzung wurden wichtige Themen besprochen, die die Zukunft und die Finanzierung des Botanischen Gartens sowie des Gemeinschaftsbetriebes und der Betriebsgesellschaft betreffen. Bei der Sitzung war für die Gewerkschaft ver.di Susanne Feldkötter vor Ort. Zahlreich erschienen waren auch der Gesamtpersonalrat der FU und der Personalrat der ZE Beschäftigten. Wir möchten nun versuchen einige Fragen zu beantworten, die an uns herangetragen wurden:

Welche Aufgaben übernimmt das Kuratorium?

Das Kuratorium der Freien Universität ist ein zentrales Organ des Zusammenwirkens zwischen Hochschule, Staat und Gesellschaft. Es ist unter anderem zuständig für die Feststellung des Haushaltsplans, **die Einrichtung, Veränderung und Aufhebung von Organisationseinheiten** und die der Universität zugewiesenen staatlichen Aufgaben von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung. [...]

Warum sind die Beschlüsse des Kuratoriums für den Gemeinschaftsbetrieb so wichtig?

Die Gründungen der Betriebsgesellschaft und des Gemeinschaftsbetriebes sind aufgrund eines Beschlusses des Kuratoriums vom 30.06.2006 ermöglicht worden. Das Kuratorium bestimmt ein Stück weit die Spielregeln, unter welchen Bedingungen eine Privatisierung und die Bildung eines Betriebes innerhalb der Freien Universität durchgeführt werden. Das Kuratorium hat damit großen Einfluss, was im Botanischen Garten Berlin in Zukunft geschieht. [...]

Warum beschäftigt sich das Kuratorium seit 2006 auf seiner Sitzung erneut mit dem Gemeinschaftsbetrieb und dem Botanischen Garten Berlin?

Wie Ihr erfahren habt, setzt sich die Gewerkschaft ver.di für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen insbesondere für höhere Löhne in der Be-

triebsgesellschaft ein. Im Raum steht die Forderung einer Angleichung der Löhne der Mitarbeiter(innen) der Betriebsgesellschaft an die Löhne der Mitarbeiter(innen) der ZE Beschäftigten im Gemeinschaftsbetrieb. Diese Forderung, welche bisher nur „hinter vorgehaltener Hand“ kommuniziert wurde, fand überraschender Weise nun auch innerhalb der kommunalen Politik Unterstützung. Politiker in Berlin sind ein Stück weit auf den Botanischen Garten aufmerksam geworden und es scheint so, dass die Entscheidung, wie es mit dem Botanischen Garten weiter geht nun auch eine politische Dimension erreicht hat. Wie Ihr vielleicht wisst, Löhne können in öffentlichen Einrichtungen nur zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern oder außertariflich verhandelt werden.

Es fand eine Veranstaltung der Afa statt. Was hat es damit auf sich?

Die Veranstaltung der AFA fand am 16.09.14 statt. Dort kam die Solidaritätsbekundung von namhaften Politikern der SPD für faire Löhne im Botanischen Garten sehr stark zum Ausdruck. Unter der Überschrift: **„Schluss mit prekärer Arbeit und tariffreien Bereichen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“** folgten ca. 150 Personen der Einladung von vier Kreisverbänden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA) um gemeinsam über die Situation prekärer Beschäftigung im Land Berlin zu diskutieren.

Auf dem Podium waren unter anderen **Jan Stöß (SPD Landesvorsitzender Berlin) und Raed Saleh (Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)**. Die Situation im Botanischen Garten und in anderen Unternehmen in Berlin wurde dort ausführlich diskutiert. Die Presse war bei dieser Veranstaltung ausgeschlossen. Das hat auch damit zu tun, dass die Podiumsgäste sich um das Bürgermeisteramt in Berlin bewerben. Die Solidaritätsbekundung der Akteure war bemerkenswert. **Ausführliches Infomaterial zu der Veranstaltung findet Ihr auch auf dieser Seite.**

Welche Eindrücke haben wir bei der Kuratoriumssitzung gewonnen?

Herr Borsch, der Direktor des Botani-

chen Gartens, stellte in einer Präsentation ein-drucks-voll da, wie stark vernetzt die wissenschaftliche Arbeit des Botanischen Gartens innerhalb Berlins, Deutschlands und Weltweit ist. Es gibt eine eng verzahnte Zusammenarbeit der Freien Universität mit dem Botanischen Garten Berlin. Der Kanzler der FU bestätigte das und fügte hinzu, dass der Botanische Garten eine wichtige Schaufensterfunktion für die Freie Universität darstellt, auf die man nicht verzichten könne. Er bekannte sich klar zu der Einrichtung. Außerdem komme dem Botanischen Garten innerhalb des Bezirks Steglitz eine besondere Bedeutung in seiner Rolle als Touristenmagnet zu.

Der Kanzler der FU räumte weiterhin ein, dass die Sparmaßnahmen im BGBM insbesondere durch das unterschiedliche Lohngefüge (Betriebsgesellschaft/ZE) seit Jahren zu Spannungsfeldern und zu Verwerfungen innerhalb des Gemeinschaftsbetriebes führen. Diesen Weg einfach so fortzusetzen gestalte sich schwierig. Eins der Kuratoriumsmitglieder beschreibt eine Weiterverfolgung dieses Kurses als „Kannibalismus“.

Der Kanzler veranschaulicht dann anhand von Rechenbeispielen und Statistiken, dass geklärt werden muss, wer die zusätzlichen Kosten, die durch die Forderung der ver.di entstehen werden, tragen soll. Die Anpassung der Löhne der Betriebsgesellschaft an die der ZE würde mit etwa 800 000 Euro pro Jahr zusätzlich „zu Buche schlagen“. Die Freie Universität könne das alleine nicht leisten. Ebenfalls absehbar ist, dass mittel- und langfristig die Finanzierung der baulichen Unterhaltung und Sanierung im Botanischen Garten gestemmt werden muss. Wir haben das so verstanden, dass auch hier das Land Berlin bei der Bereitstellung von Geldern künftig stärker in die Pflicht genommen werden soll.

Die Kuratoriumsmitglieder brachten in einer Reihe von Wortmeldungen zum Ausdruck, dass Outsourcing kein geeignetes Mittel sei, um die Situation im Botanischen Garten nachhaltig zu verbessern. Eine Befriedung der Zustände könne durch eine Verbesserung der Löhne der Mitarbeiter/innen in der Betriebsgesellschaft entstehen. Man hätte weitreichende Erfahrungen mit einem Unternehmen in Hamburg gemacht. Bei dem hätte Outsourcing den Abwärtstrend nur beschleunigt. Wir

schließen aus den sehr eindrucksvollen Wortmeldungen des Kuratoriums, das es eine breite Mehrheit gibt, die sich gegen Outsourcing und die Ausgliederung weiterer Arbeitsbereiche positioniert hat. Wie anfangs beschrieben, das Kuratorium ist verantwortlich **für die Einrichtung, Veränderung und Aufhebung von Organisationseinheiten innerhalb der Freien Universität.**

Ein Kuratoriumsmitglied berichtete von seinem Besuch im Botanischen Garten. Das Personal an den Eingängen wurde ausdrücklich gelobt. Es sei eindrucksvoll gewesen, wie freundlich das Personal an den Eingängen gegenüber Besuchern auftritt, trotz der niedrigen Löhne. Das sei Ihr in Erinnerung geblieben. Den Gärtner(innen) käme im Botanischen Garten eine besondere Bedeutung zu. Es sei wichtig, dass auch die Gärtner(innen) der Betriebsgesellschaft eine anständige Bezahlung erhalten, denn diese seien auch im Besucherbereich beschäftigt und sind ein Stück weit Aushängeschild der Einrichtung. Sie lobte weiterhin alle Beschäftigten des Gemeinschaftsbetriebs für Ihr Engagement und das Durchhaltevermögen. Im Nachgang äußerten sich einige Kuratoriumsmitglieder sehr kritisch darüber, dass die Löhne in der Betriebsgesellschaft nur knapp über dem Mindestlohn liegen.

Wie geht es nun weiter?

Wir werten die Ergebnisse des Kuratoriums als klaren Appell der Freien Universität an das Land Berlin. Die Finanzierung im Allgemeinen könne nicht von der Freien Universität alleine getragen werden. Es war ein deutliches Engagement aller Kuratoriumsmitglieder zu spüren, den Botanischen Garten künftig mit einer fairen Entlohnung in seiner Vielfalt zu erhalten. Herr Borsch und das Kuratorium signalisierten, dass es gut wäre die nächste Kuratoriumssitzung im Botanischen Garten abzuhalten.

Positiv sind uns die Umgangsformen innerhalb des Kuratoriums in Erinnerung geblieben, nicht zuletzt der respektvolle Umgang des Kanzlers mit den zahlreich erschienenen Arbeitnehmervertretungen. Julia Müller, die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, hat sich mehrmals eindrucksvoll für alle Beschäftigten des Botanischen Gartens Berlin eingesetzt.

Wir werden versuchen Euch auch in Zukunft auf dem neuesten Stand zu halten. Sollten in unserem Gedächtnisprotokoll Fehlinterpretationen vorhanden sein, bitten wir dies zu entschuldigen. Wir geben mit diesem Schreiben nur unseren persönlichen Eindruck wieder. Etwaige Protokolle zur Sitzung stehen uns noch nicht zur Verfügung.

Quelle: <https://biwifo-bb.verdi.de/betriebe-und-gruppen/botanischer-garten/++co++a3a7bbbe-68d7-11e4-8b21-525400a933ef>

T&M GmbH im Technik-Museum

Bericht von ver.di-Kolleginnen und Kollegen der T&M

Am 12. November 2002 wurde die 100%ige Tochtergesellschaft der Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin, die *T&M Marketing und Museum GmbH*, gegründet, um das Outsourcing der Besucherbetreuung zu ermöglichen. Die Geschäftsführung der GmbH wird zugleich von dem Direktor der Stiftung *Deutsches Technikmuseum Berlin*, Prof. Dr. Dirk Böndel, ausgeübt. Dadurch kann die Personalpolitik der Geschäftsführung beliebig betrieben werden. Zum Beispiel werden nach Bedarf durch Reduzierung des Auftrags von der Stiftung an die GmbH Arbeitsplätze gestrichen, ohne dass der Betriebsrat der GmbH etwas dagegen unternehmen kann. Darüber hinaus kann die Direktion des Museums sich durch die GmbH gestatten, Arbeitsbedingungen anzubieten, die weitaus prekärer als die Arbeitsbedingungen des öffentlichen Dienstes sind: die Mitarbeiter der GmbH sind zum größten Teil Lohnempfänger und müssen spätestens nach 2 Jahren das Museum verlassen, unabhängig davon, wie qualitativ wertvoll ihre Arbeit ist.

Die T&M GmbH ist eine 100% Tochtergesellschaft der Stiftung Deutsches Technikmuseum. Sie wird seit 2003 zur Outsourcing der Besucherbetreuung verwendet, womit der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes umgangen wird. So verdienen die Kolleginnen in der Tochtergesellschaft ca. 9 Euro, knapp über den Mindestlohn, ca. 3-4 Euro weniger als die KollegInnen in der Stiftung. Es gibt in der Besucherbetreuung ausschließlich Teilzeitkräfte und ein großer Teil ist sachgrundlos befristet. Als Grund wurde zum einen angegeben, dass man sich eine entsprechende Flexibilität erhalten möchte und zum anderen will man keine „Scheintoten“ als angestellten. Die Geschäftsführung ist der Meinung, wenn man den Job dauerhaft Vollzeit tut, verliert man seine Motivation.

Die Sachgrundlose Befristung ist ein großes Problem. So werden KollegInnen eingeschüchert. Genauso werden Tarifverhandlungen sowie die Arbeit des Betriebsrates erschwert. So kam es auch vor, dass gesagt wurde: wir können nicht entfristen, wir haben gerade eine schlechte Beziehung zum Betriebsrat.

Wie absurd dieses Konstrukt der Auslagerungen von Teilbereichen ist zeigt sich bei uns besonders deutlich, da es, wie gesagt, auch noch in der Stiftung einige Besucherbetreuer gibt. So betreut bspw. die Stiftung Raum 1 und die GmbH Raum 2. In Raum 1 verdienen die Mitarbeiter ca. 13 Euro in Raum 2 dagegen 9 Euro. Hinzu kommt, dass es Mitarbeiter gibt, die sowohl in der Stiftung wie in der GmbH als Besucherbetreuer arbeiten, um auf eine Vollzeitstelle zu kommen. Das heißt, der Kollege arbeitet bspw. am Dienstag und Mittwoch in Raum 1 für 13 Euro und Donnerstag/Freitags in Raum 2 für 9. Es kann jedoch auch passieren, dass die Stiftung der GmbH aushelfen muss. Dann arbeiten die Kollegen am Dienstag für 13 Euro in Raum 2 wo sie am Donnerstag dann für 9 Euro arbeitet. Genau das kann auch am Donnerstag passieren. Dann hilft sie der Stiftung aus und arbeitet für 9 Euro in Raum 1 wo sie sonst für 13 Euro arbeitet.

Soziale Dienste

ver.di Betriebsgruppen-Treffen am 4.12.2014 des Sozialverbandes VdK Berlin-Brandenburg e.V.

Beschreibung wie die Situation gerade ist:

1. Kein einheitliches Entgeltsystem, keine Gehaltsentwicklung seit 2003, d. h. realer Lohnverlust von 30 %
2. Es werden immer mehr Aufgabenbereiche vom Senat auf öffentliche Stellen übertragen, aber keine Gelder dafür freigesetzt. Kein angemessener Personalschlüssel, zu wenig Arbeitsräume, Anspruchshaltung und Richtlinien steigen stetig.
3. Um diesen Wünschen zu entsprechen, gibt es viele Mehrstunden, hohen Krankheitsstand und die Angst der einzelnen Mitarbeiter/Innen des Qualitätsverlustes.
4. Einführung eines Qualitätsmanagements, dann Einführung eines Datensystems, die Eigenverantwortung wird immer höher, da es keine Schulungen für neu angeschaffte Gerätschaften / Programme gibt, d. h. Erlerntes viel in Eigenregie.
5. Es gibt immer mehr wirtschaft-

liche Eigenverantwortlichkeit, Subsidiaritätsprinzip

6. Spaltung der Belegschaft, da es unterschiedliche Gehälter für die gleiche Arbeit gibt

Wir fordern:

- Eine vernünftige Finanzausstattung aller senatsgeförderten Projekte in der Daseinsfürsorge (nach §119 Sozialpädiatrische Zentren* ist der Senat dafür zuständig) = Sicherstellung der Versorgung durch angemessene Budgets!
- Erhöhung der Senatszuwendung (für Personal, Mittel, Finanzierung der Projekte, angemessene Tarife)
- Abschaffung der tariffreien Bereiche in den sozialen Diensten des Landes Berlin! = einen einheitlichen Tarifvertrag
- Beschäftigte von Trägern, die öffentliche Aufgaben des Senats übernehmen, haben das Recht auf Gleichstellung mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes!

- Abwenden der Altersarmut / Rentensicherheit
- Angemessene Personalentwicklung, Schluss mit Einsparung am Personal

Anmerkung

*§ 119 Sozialpädiatrische Zentren

(1) Sozialpädiatrische Zentren, die fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen und die Gewähr für eine leistungsfähige und wirtschaftliche sozialpädiatrische Behandlung bieten, können vom Zulassungsausschuss (§ 96) zur ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung von Kindern ermächtigt werden. Die Ermächtigung ist zu erteilen, soweit und solange sie notwendig ist, um eine ausreichende sozialpädiatrische Behandlung sicherzustellen.

(2) Die Behandlung durch sozialpädiatrische Zentren ist auf diejenigen Kinder auszurichten, die wegen der Art, Schwere oder Dauer ihrer Krankheit oder einer drohenden Krankheit nicht von geeigneten Ärzten oder in geeigneten Frühförderstellen behandelt werden können. Die Zentren sollen mit den Ärzten und den Frühförderstellen eng zusammenarbeiten.

Musikschulen

Zur Lage der so genannten freiberuflichen“ Lehrkräfte an den Musikschulen der Berliner Bezirke

In Berlin arbeiten weit über 90% der MusikschullehrerInnen auf Honorarbasis (eine bundesweit einmalige Quote!). Diese Menschen haben in der Regel nach jahrelanger privat finanziert Instrumental- und dem Bestehen einer anspruchsvollen Zugangsprüfung ein Studium an einer Musikhochschule absolviert. Für die Mehrheit ist diese Tätigkeit ihr Hauptberuf, sie haben daneben keine oder nur geringfügige Einkünfte. Ihre immer schon schwierigen Existenzbedingungen haben sich im vergangenen Jahr z.T. dramatisch verschlimmert.

Immer schon arbeiten sie ohne Tarifvertrag, sie haben demzufolge keinen

Kündigungsschutz, keinen Mutterschutz, keine längerfristige Sicherheit bezüglich des Arbeitsumfangs, keine Mitarbeitervertretung, eine eher theoretische Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 80% nach 3 Karenztagen (so irgend möglich, wird krank gearbeitet, wenn man sich die 3 Karenztage nicht leisten kann) und die Altersarmut als Regelperspektive, weil die Beiträge zur Künstlersozialversicherung aufgrund des meist geringen Einkommens zur Absicherung im Alter nicht ausreichen. Sie verfügten aber bisher immerhin über – wenn auch häufig nicht existenzsichernde – regelmäßige monatliche Einkünfte, da die Honorare pauschaliert als Monatshonorare ausgezahlt wurden.

Dann aber erging im März 2011 ein Bescheid der Deutschen Rentenversicherung an das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, der das Vorliegen von Scheinselbstständigkeit an der dortigen Musikschule bescheinigte und mitteilte, diese Feststellung gelte für alle Musikschulen des Landes Berlin. Im Ergebnis drohte dem Land die Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen in erheblichem Umfang.

Die senatsseitige Reaktion auf diese Prüfungen war nicht etwa der Beginn ernsthafter Überlegungen, was zu tun sei, um scheinselbstständige Arbeitsverhältnisse in Anstellungen zu verändern. Vielmehr begann die Arbeit

an einer Neuausgabe der „Ausführungsvorschriften über Honorare der Musikschulen“, mit dem erklärten Ziel, „Rechtssicherheit für alle“ herzustellen. Kernanliegen war, den Eindruck herzustellen, dass echte Selbständigkeit vorliege und die MusikschullehrerInnen „nicht in den Betrieb“, die Musikschule, „eingebunden“ seien.

Die Betroffenen artikulierten Protest gegen ihre Arbeitsbedingungen in einer gemeinsam von Ver.di und der Landes-Lehrervertretung LBM e.V. getragen und von der Landes-Elternvertretung unterstützten Aktionsreihe „Achtung für Musikschulen“. Auftaktveranstaltung war ein großes „Protestkonzert“ bereits im September 2011 auf dem Alexanderplatz. Forderungen: Festanstellungen für hauptberufliche Musikschul-lehrerInnen, Tarifverträge nach § 12a für „Freie“. Es folgten nach Bekanntwerden der neuen Ausführungsvorschriften zwei Demonstrationen auf dem Gendarmenmarkt im Juni und August 2013. Offene Briefe an MandatsträgerInnen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirken wurden verfasst. In einer Unterschriftenaktion erklärten 1.013 Lehrkräfte, die neuen Honorarverträge nicht unterschreiben zu wollen. Auch die einschlägigen Fachverbände und Honoratioren aus der Musikszene meldeten sich zu Wort, die Forderungen der Lehrkräfte unterstützend bzw. massive Strukturverbesserungen im Berliner Musikschulsystem fordernd. Trotz allem traten die Ausführungsvorschriften in Kraft und werden seit dem 1.8.2013 flächendeckend umgesetzt. Die ca. 1.600 MusikschullehrerInnen wurden unter Androhung von Kündigung in neue Verträge gezwungen (den meisten blieb in Ermangelung anderer Existenzgrundlagen nur übrig, am Ende doch zu unterschreiben - einige wenige gingen).

Wirkungslos blieb der Protest – nicht zuletzt vermutlich dank des starken Medien-Echos – dennoch nicht: Im Dezember 2013 beschloss das Abgeordnetenhaus die Bereitstellung von zusätzlich 2,5 Mio. € zur Erhöhung des bezirklichen Musikschulangebots für den Doppelhaushalt 2014/15. Nach Umsetzungsgesprächen zwischen Senat und Bezirken sind diese Mittel teils „zur gezielten Verbesserung der Versorgung in Bezirken mit besonders niedrigem Versor-

ungsgrad“, teils „zur nachhaltigen Entwicklung der Musikschularbeit in den Bezirken“ einzusetzen. Berlinweit wurden (an neun von 12 Musikschulen, von den anderen liegen noch keine Auskünfte vor) für 2014 wegen fehlenden zeitlichen Vorlaufs keine, für 2015 zehn Stellen im pädagogischen Bereich, knapp 3 im Verwaltungsbereich geschaffen, alle befristet auf das Jahr 2015, in einigen Fällen wird eine Verstetigung „nicht ausgeschlossen“. Diverse schon lange dringend nötige Anschaffungen konnten gemacht, Honorarmittel aufgestockt werden. Aber ist das „nachhaltige Entwicklung“?

So begrüßenswert es ist, dass endlich überhaupt etwas in Bewegung gekommen ist im politischen Raum: Den Freien MitarbeiterInnen ist damit mehrheitlich nicht oder nur marginal geholfen. „Verbesserung des Versorgungsgrades“ bedeutet letztlich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen: von den Honorarkräften soll mehr Arbeit zu schlechten Bedingungen geleistet werden. Freilich bedeutet die Aufstockung von Deputaten (wo sie möglich ist, weil Unterrichtsräume zur Verfügung stehen) Mehreinnahmen und damit eine existentielle Verbesserung. Letztlich haben aber die neuen Ausführungsvorschriften erneute Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der „Freien“ zur Folge:

Anstelle der bisherigen monatlichen Pauschale wird nach „Einzelstundenabrechnung“ vergütet. Diese muss jede Honorarkraft monatlich (unter hohem bürokratischen Aufwand, der nicht vergolten wird) erstellen (wer an mehreren Musikschulen arbeitet, hat das Vergnügen mehrfach). Für durch Schüler „rechtzeitig“, d.h. 48 Stunden vorher abgesagte Stunden müssen von Lehrerseite Ersatztermine angeboten werden, sonst entfällt der Honoraranspruch (das Nachunterrichten am Wochenende wird so zum Normalfall). Wegen überlasteter Musikschul-Verwaltungen kommt es zu fehlerhaften Abrechnungen, oder gar zum Schüler-Aufnahme-Stop oder zu einer einmonatigen Schließung der Verwaltung wegen IT-Umstellung.

Auch die von Senatsseite als Fortschritt gepriesene Honorierung soge-

nannter „Sonstiger Tätigkeiten“ (8.74 € - 10,33 € für 45 Minuten!!) hilft nicht viel – sie muss aufwendig beantragt werden, wird für vieles aber gar nicht gewährt.

Dass an Feiertagen kein Unterricht erteilt wird, hat einen realen Einkommensverlust von über 3% gegenüber der alten pauschalen Zahlungsweise zur Folge. Schulferien sind nicht mehr Zeiten des Übens, Weiterbildens und Erholens, sondern vor allem Zeiten, in denen kein Geld fließt und notfalls fachfremde „Ferienjobs“ angenommen werden müssen.

Die gewachsene materielle Unsicherheit erhöht massiv den psychischen Druck. Der Hinweis, es müssten eben Rücklagen gebildet werden, kann angesichts der Einkommenshöhen nur als zynisch betrachtet werden.

Aus Sicht der Senatsverwaltung ist aber alles gut: „Die Honorarregelungen für freiberufliche Musikschullehrerinnen und Musikschullehrer sind für diese Personengruppe vorteilhaft, da sie weit über die Leistungen für andere Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinausgehen ...“ (Staatssekretär Mark Rackles, „Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte an Musikschulen und Volkshochschulen, Schlussbericht“ vom 6.11.2013)

Aha, anderswo ist es also noch schlimmer. Das können wir nicht als Argument akzeptieren (und wir werden uns auch nicht ausspielen lassen gegen andere, denen es noch schlechter geht). *Wir fordern Tarifverhandlungen, jetzt!* Das Verweigerungs-Argument, in anderen Ländern gebe es auch keine Tarifverträge für freiberufliche MusikschullehrerInnen, verfängt nicht: andere Länder betreiben in der Regel keine Musikschulen, das machen die Kommunen – und wo Länder es doch tun, wie z.B. in Hamburg, arbeiten sie mit angestelltem Personal!

**Annette Breitsprecher,
Landes-Lehrervertretung der
Berliner Musikschulen,
ver.di-Mitglied im FB 8**

Lehrbeauftragte an den Hochschulen

Aktionstag vom 6. November 2014

Zum bundesweiten Aktionstag der Lehrbeauftragten am 6.11.2014 gab es in 23 Städten Aktionen:

<http://sprachlehrbeauftragte.wordpress.com/2014/10/14/was-wo-passiert/>
http://gew.de/Bundesweiter_Aktionstag_der_Lehrbeauftragten_am_6._November.html

Die Berliner zentrale Aktion am 6.11.2014 fand um 13 Uhr vor der Senatswissenschafts-verwaltung statt: Es gab einen „Beschwerde-Chor“ nach der Musik von „Freude schöner Götterfunken“ (L. v. Beethoven) sowie eine Pantomime

„Lehrbeauftragte stehen auf“; dann wurde eine gemeinsame Resolution von GEW, Deutscher Orchestervereinigung e.V. (DOV), Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten (BKSL) und Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen (BKLM) an die Senatswissenschafts-verwaltung übergeben.

<http://www.gew-berlin.de/10744.php>

In den Tagen vor dem 6.11. gab es zahlreiche Initiativen an den Berliner Hochschulen: An der Universität der Künste war der 4.11.2014 ein Hochschul-Aktionstag mit dem Ziel, die Arbeit der Lehrbeauftragten zu würdigen und Verbesserungen zu fordern. An der FU-Berlin fand am 29.10.2014 eine öffentliche Diskussi-

on zu den Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten statt: <http://www.fu-mittelbau.de/2014/11/offentliche-diskussion/>

An der HU, FU, Alice-Salomon-Hochschule und HWR (Hochschule für Wirtschaft und Recht) sind Infotische zur Mittagszeit gehalten worden. An der Beuth-Hochschule hat am 6.11. die erste Vollversammlung der Lehrbeauftragten aller Fachbereiche stattgefunden.

Zu den Ereignissen im Vorfeld des Aktionstags ist noch zu erwähnen, dass am 5.11.2014 eine Anhörung zum Thema Lehrbeauftragte im Wissenschaftsausschuss des Abgeordneten-hauses stattgefunden hat, zu der die GEW Berlin eingeladen und durch die Koordinatorin der AG-Lehrbeauftragte vertreten wurde.

Beitrag zur Versammlung „Prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ am 16. September 2014

Lehrbeauftragte sollten qualifizierte Berufstätige sein, die ihr Wissen in die Hochschulen bringen und über eine Anstellung verfügen oder eine freiberufliche Tätigkeit ausüben.

Die Hochschulen benutzen aber immer häufiger die Lehraufträge, auch um Regellehre abzudecken. An den (Fach)Hochschulen, Musikhochschulen sowie an den Sprachenzentren beträgt das von Lehrbeauftragten erbrachte Lehrdeputat einen bedeutenden Anteil des Gesamtlehrdeputats (häufig über die Hälfte).

Die **Arbeitsbedingungen** der Lehrbeauftragten sind sehr problematisch: Obwohl viele Lehrbeauftragte von ihrer Tätigkeit leben, sind sie keine Beschäftigten der Hochschulen, gelten auch nicht als arbeitnehmerähnlich, sondern sind sie einfach prekär tätig. Die Hochschulen vergüten die Unterrichtseinheiten mit einem Pauschalbetrag (min. 21,40 €) und beteiligen sich nicht an den Sozialversicherungen der Lehrbeauftragten, so dass diese allein den Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil der Kranken- und Renten-versicherungsbeiträge zahlen müssen. Zudem gelten Lehrbeauftragte als „Frei-

beruflicher*innen“, wodurch höhere Krankenkassenbeiträge entstehen. Sie haben Anspruch weder auf Fortzahlung im Krankheitsfall noch auf Mutterschutz und bezahlten Urlaub.

Selbstverständlich weiß der Senat, dass die Hochschulen einen hohen Anteil der Lehre mit Lehraufträgen abdecken, wie die Antworten auf die von Lars Oberg oder von Anja Schillaneck regelmäßig gestellten Kleinen Anfragen zeigen.

http://aktionstagberlinlb.wordpress.com/2014/06/08/kleine-anfrage-lb_1022014/

Aber der Senat schiebt auf die Hochschulen die Verantwortung: Diese erhalten über die Hochschulverträge eine Gesamtfinanzierung über 4 Jahre, die von Senat nicht weiter kontrolliert wird.

Die Antwort des Staatssekretär Nevermann auf eine Kleine Anfrage vom 21.03.2014 be-weist, dass der Senat den **sozialen Aspekt der Lehraufträge minimiert**: „Der Senat teilt keineswegs die Auffassung, dass selbständig Berufstätige im Allgemeinen und Lehrbeauftragte an Berliner Hochschulen im Speziellen grundsätzlich unter Existenz-ängsten zu leiden hätten ... ,

wengleich nicht ausgeschlossen werden kann, dass die daraus erzielten Einkünfte in einigen Fällen einen bedeutsamen Bestandteil des Gesamteinkommens der betreffenden Personen ausmachen.“

<http://aktionstagberlinlb.wordpress.com/2014/06/08/kleineanfrage-2032014/>

Die GEW Berlin, die Deutsche Orchestervereinigung e.V. (DOV) u.a. organisieren einen **Aktionstag der Lehrbeauftragten** am 6.11.2014; im Aufruf dazu wird gefordert, dass in den künftigen Verträgen zwischen dem Land Berlin und den Berliner Hochschulen die Grundfinanzierung der Hochschulen so erhöht wird, dass reguläre Lehrveranstaltungen durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgedeckt werden und die Höhe der Honorare für freiberuflich Lehrende an die Tarifentwicklung im TV-L angepasst werden.

*Linda Guzzetti, GEW Berlin,
Bundeskonferenz der Sprachlehr-
beauftragten*

Beitrag einer ver.di-Kollegin Eine Sekretärin ist nicht ein Idiot!

Es gibt im Moment in diesem Beruf einen Tiefpunkt. Hochschulsekretärin hört sich ganz fein an. In den letzten Jahren ist dieses Berufsbild jedoch heruntergewirtschaftet worden, wie so vieles im sogenannten Öffentlichen Dienst.

Als ich vor 20 Jahren bei der FU aufhörte, hatte ich eine Vollzeitstelle und war in Vb eingruppiert, heute wäre das E9. Letztes Jahr kam ich zurück an die FU und erlebte folgendes: Ausgeschrieben waren lediglich halbe Stellen, Vergütungsgruppe E6 oder E7. Na gut, habe ich mir gedacht, aller Neu-Anfang ist schwer, versuchst Du es mal. Dann die zweite Überraschung: Als Wiederkehrerin wurde meine gesamte Berufserfahrung – immerhin 30 Jahre – verworfen. Als hätte jemand den Stöpsel gezogen, war mein Gehalt auf das Niveau einer Berufsanfängerin gesunken. Wie kann denn so etwas sein?

Hätte ich die finanziellen Bedingungen gekannt, so wäre ich sicherlich nicht in die Dienste der Freien Universität Berlin zurückgekehrt.

Der Tarifvertrag erlaubt dieses Vorgehen ausdrücklich, nur kennt keine Bewerberin die entsprechende Klausel: Liegt eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von 18 Monaten vor, so verfällt die zuvor erworbene Berufserfahrung vollständig. Nur zum Zwecke der „Personalgewinnung“ kann eine Ausnahme gemacht werden. Was für ein Irrsinn! Wer würde denn allen Ernstes mitten in einem Bewerbungsverfahren damit drohen, man könnte schon sagen „pokern“, die Stelle nicht anzunehmen, sofern keine

Erfahrungsstufe XY herauskommt? Und wer, um alles in der Welt, ahnt denn, dass es so etwas überhaupt gibt, wie den Verfall jeglicher Berufserfahrung bei einer kurzen Unterbrechung von 18 Monaten. Verlernt einer das Radfahren oder das Schwimmen, wenn er 18 Monate kein Rad benutzt oder nicht im Swimming-Pool ge-

planscht hat? Aber Buchführung, Englisch und Französisch: das verlernt man! Es heißt in einer Protokollnotiz der Tarifverhandlungen, dass solche Vorkenntnisse für den Arbeitgeber „nicht mehr verwendbar“ seien.

Fassen wir zusammen: als Hochschulsekretärin hatte ich vor 20 Jahren eine Vollzeitstelle, zum Tarif von E9, in Erfahrungsstufe 4 oder sogar 6. Heute ist die Regel, dass Hochschulsekretärinnen Halbtagsstellen, Tarifgruppe E6 oder E7 in Erfahrungsstufe 1 haben, gleichgültig auf wie viel berufliche Erfahrungen sie verweisen können. Rechnerisch macht das einen Unterschied von monatlich 2.439€ aus; durch die Differenz zwischen dem Teilzeit-Gehalt (50%-Teilzeit, brutto 1.051€) zum Vollzeit-Gehalt (höhere Vergütungsgruppe sowie korrekte Erfahrungsstufe, brutto 3.490€).

Tatsächlich aber liegen Welten dazwischen: nämlich ob eine gut ausgebildete Frau von ihrem Job unabhängig leben kann. Von 1.051€ brutto kann sie es nicht.

Ihr bleibt nur, einen zweiten Teilzeitjob innerhalb der Universität anzunehmen. Nicht wenige Hochschulsekretärinnen tun dies. In der Konsequenz hasten diese Kolleginnen in ihrer Mittagspause durchs Gelände, statt sich eine Verschnaufpause zu gönnen. Sie werden von dem „Chef“ der einen Stelle während der Arbeitszeit in der anderen Stelle angesprochen, mal „eben kurz“ dies oder das zu erledigen, was unweigerlich zu Spannungen zwischen den beiden „Chefs“ führt. Diese Konflikte werden – wo sonst – auf dem Rücken der betreffenden Hochschulsekretärin ausgetragen.

Überdies ist dieser Job anstrengend. Die enorm individuell gestalteten Institute oder Lehrstühle (wie sie sich heute nennen) verlangen der Hochschulsekretärin einiges an An-

passungsvermögen und Geduld ab. Kaum einmal wird anerkannt, dass ohne sie, der Schnittstelle zum Verwaltungsapparat der Universität, gar nichts mehr läuft. Keine Reisekostenabrechnung, kein Drittmittelabruf, keine Bestellung von Schreibwaren, keine Konferenzorganisation würde in Gang gesetzt werden.

Heute mag die skandalöse Entwertung dieses Berufsbilds noch nicht so deutlich zutage treten, weil ja noch immer viele sog. Altbeschäftigte ihr gewohntes Gehalt weiter beziehen (Besitzstandswahrung genannt). Aber jede Stelle, die es neu zu besetzen gilt, wird hinuntergestuft. Und zwar, wie beschrieben, in mehrfacher Hinsicht:

- durch die Abstufung der Entgeltgruppe von E8 oder E9 auf E7 oder sogar E6,
- durch die Aberkennung der Erfahrungsstufen bei Neueinstellungen, und nicht zuletzt
- durch die Teilung von Voll- in Halbtagsstellen.

Widerstand ist da nicht zu erwarten. Wer in einen Betrieb hinein möchte, wird nicht mit Protesten seinen Einstand geben. Wie ich selbst, vor einem Jahr, schluckt man die Kröte und unterschreibt den Arbeitsvertrag; in der Hoffnung, später würde sich das Blatt wieder wenden.

Die Arbeitgeberin Universität könnte sich gezwungen sehen, ihre Praktiken zu überdenken. Allerdings erst, wenn sich tatsächlich einmal der so oft beschworene Personal-mangel im Öffentlichen Dienst Berlins ab 2017 zeigt. Sie, die Universität, könnte zu einer fairen Vergütung dieser so wichtigen Berufsgruppe zurückkehren. Allerdings müssen wir dafür die Argumente schon heute vorbereiten, damit wir sie bei Bedarf aus der Schublade ziehen können.

Beschlüsse und Stellungnahmen

Beschluss des ver.di-Landesbezirksvorstandes Berlin-Brandenburg vom 24. November 2014

Der DGB Berlin möge im Frühjahr 2015 eine Konferenz zu prekärer Beschäftigung in Berlin einberufen. Teilnehmer an dieser Konferenz sollen sein:

Vertreter der Gewerkschaften in deren Verantwortungsbereich prekäre Beschäftigte sich befinden, also ver.di, GEW, EVG, NGG und IGM,

Betriebsräte, Personalräte und Betriebsgruppen aus den betroffenen Betrieben und Einrichtungen,

Kolleginnen und Kollegen, die prekär beschäftigt sind.

Ziel der Konferenz soll die Erarbeitung

eines Aktionsprogrammes und Arbeitsprogramm für die Aufhebung prekärer Beschäftigung in Berlin sein.

Ver.di Berlin wird die Durchführung einer solchen Konferenz aktiv unterstützen und fordert alle Berliner Gewerkschaften auf, unter dem Dach der DGBs eine solche Initiative mit zu unterstützen.

Begründung:

Berlin ist immer noch Hauptstadt der prekären Beschäftigung. Gerade in den öffentlich verantworteten Bereichen breitet sich weiter prekäre Beschäftigung aus.

Die Schaffung von Niedriglohnsektoren

mit unsicherer Beschäftigung und tarifvertrags-freien Zonen zielen immer auch auf eine Schwächung unserer Gewerkschaften in den Betrieben.

Die Berliner Gewerkschaften sind immer gegen prekäre, entrechtete Arbeitsverhältnissen in Berlin, gegen die Ausweitung ungesicherter Arbeit und gegen die Auslagerung von ganzen Arbeitsbereichen mit den Folgen mangelnder tarifvertraglichen Regelungen und Schutzbestimmungen, eingetreten.

Oftmals sind es kleine, nicht gut organisierte Bereiche. Deshalb braucht es einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Berliner Gewerkschaften, im Kampf für die Aufhebung prekärer Beschäftigung.

Beschluss des Landesparteitages der SPD Berlin vom 8. November 2014

Antragsteller: Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Angenommen in der Fassung der Antragskommission (wie unten dokumentiert)

Erhalt der und die Investition in die soziale und öffentliche Infrastruktur des Landes und der Bezirke

Der SPD Landesparteitag fordert alle Verantwortlichen der SPD im Land und in allen Bezirken auf, sich für politische Maßnahmen

- gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tarifflicht.
- gegen prekäre, entrechtete Beschäftigungsverhältnisse und

tarifvertragsfreie Zonen in Berlin einzusetzen und dafür ein Aktionsprogramm zu entwickeln.

Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit dem Stopp aller Ausgründungen, beginnend mit den geplanten Ausgründungen bei Vivantes.

Das erfordert

- eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive zur Rettung und Wiederherstellung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur Berlins und seiner Bezirke, von Straßen, ÖPNV, Krankenhäusern und Schulen... finanziert durch den öffentlichen Haushalt.
- Einstellung von Personal auf Bezirk- und Landesebene. Als Krite-

rium muss die Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger und die Interessen der Beschäftigten im Zentrum stehen. Berlin braucht wieder normale Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen, die die Erfüllung der Aufgaben der Öffentlichen Daseinsvorsorge garantiert.

Es geht um den Erhalt der und die Investition in die soziale und öffentliche Infrastruktur des Landes und der Bezirke, wie z.B. Schulen, Krankenhäusern, Kitas, öffentlichem Nahverkehr, Bürgerämtern, Polizei und Feuerwehr uvm.

ver.di-Flugblatt zum SPD-Parteitag am 8.11.2014

Ja zu Berlin

– Nein zum Kaputtsparen

Berlin braucht einen politischen Neuanfang

Liebe Delegierte des SPD Landesparteitages,

auf dem heutigen Landesparteitag wollen Sie Michael Müller als neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin nominieren. Damit verbindet sich die

Chance, Zeichen für einen politischen Neuanfang für Berlin zu setzen.

Für den ver.di Bezirk Berlin heißt politischer Neuanfang: Es muss endlich ein Schluss sein mit der Kaputtsparpolitik in Berlin, die die Stadt in den sozialen Verfall zu treiben droht.

Berlin braucht

⇒ Eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive zur Rettung und Wiederherstellung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur Berlins und seiner Bezirke, von Straßen,

ÖPNV, Krankenhäusern und Schulen ... finanziert aus dem öffentlichen Haushalt.

⇒ Einstellung von Personal auf Bezirk- und Landesebene. Als Kriterium müssen die Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger und die Interessen der Beschäftigten im Zentrum stehen. Berlin braucht wieder normale Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen, die die Erfüllung der Aufgaben

der öffentlichen Daseinsvorsorge garantieren.

- ⇒ Politische Maßnahmen gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tarifflicht, sowie gegen prekäre, entrechtete Beschäftigungsverhältnisse und tarifvertragsfreie Zonen in Berlin

Setzen Sie ein Zeichen:

- ⇒ Nehmen Sie die gerade beschlossenen weiteren Ausgründungen bei VIVANTES zurück, denn sie werden zur Ausweitung tarifvertragsfreier Zonen und prekärer Beschäftigung führen.
- ⇒ Beginnen Sie mit den Tarifverhandlungen bei der Charité Facility Management (CFM) und den Musikschulen, lange versprochen und auf dem Parteitag beschlossen, aber nicht umgesetzt.
- ⇒ Legen Sie einen Plan für die Finanzierung der notwendigen Neueinstellungen im Lande Berlin vor.
- ⇒ Entwickeln Sie ein Investitionsprogramm für Krankenhäuser, Schulen, für den Nahverkehr..., durch das die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert wird.

Es geht um den Erhalt der sozialen und öffentlichen Infrastruktur des Landes und der Bezirke, wie z.B. Schulen, Krankenhäusern, Kitas, öffentlichem Nahverkehr, Bürgerämtern, Polizei und Feuerwehr und vielem mehr.

Verpflichten Sie sich dem Mandat ihrer Arbeitnehmer-Wählerbasis! Verteidigen Sie die öffentliche Daseinsvorsorge und stellen Sie sie wieder her, auch wenn das verlangt, die Schuldenbremse zu durchbrechen.

Wir versichern Ihnen, für ein solches Programm, haben Sie die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf ihre Seite.

Handeln Sie dafür – Handeln Sie heute!

Ja zu Berlin – Nein zum Kaputtsparen

Aus dem Beschluss A 001 der ver.di-Bezirkskonferenz am 29.11.2014

„Berlin steht vor einer Zerreißprobe: Einerseits wird die öffentliche Daseinsvorsorge aufgrund des Spardiktats zunehmend demontiert; andererseits wächst der Widerstand der BürgerInnen, der Beschäftigten und

Gewerkschaften sowie der kommunalpolitischen Mandatsträger gegen das Kaputtsparen. Sie wollen ihr

Recht auf Sicherung und Verwirklichung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Bezirkskonferenz, ver.di Berlin stellt fest:

- ⇒ Die Handlungsfähigkeit des Landes und der Bezirke, wie auch der öffentlichen Betriebe ist in ihrer Substanz bedroht:

- ⇒ Die Ausgaben des Landes Berlin wurden 2011 gegenüber 2001 (preisbereinigt) um 4,325 Mrd. € bzw. um 26,85 % (d.h. über ein Viertel!) gesenkt.

- ⇒ Der Investitionsstau ist kaum zu beziffern. Je genauer man auf die verschiedenen Bereiche schaut, umso größer wird die Zahl: ob bei der BVG, den Wasserbetrieben, bei den Krankenhäusern in den Bezirken, bei den Kinder und Jugendeinrichtungen und bei den Straßen.

- ⇒ In Folge des Stellenabbaus im Landesdienst seit 1991 von 207.151 Beschäftigten auf 106.093 im Jahre 2012 (d.h. ca. 51,2 %) haben wir es mit einer weitreichenden Arbeitsverdichtung, Ausgliederungen und Schaffung von Niedriglohnsektoren bzw. tarifvertragsfreien Zonen zu tun. Viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden inzwischen durch „Ein-Euro-Jobs“ oder durch (Schein-)Ehrenamt abgedeckt. Die Ausbildungszahlen sind jahrelang drastisch zurückgegangen und steigen erst seit kurzem wieder auf zu niedrigem Niveau.

„ver.di Berlin schlägt Alarm: Berlin lebt von der Substanz, die Substanz ist bedroht. Wir stehen vor enormen Einbrüchen, die weder die Stadt noch ihre Bürgerinnen und Bürger akzeptieren können:

- ⇒ Niemand kann akzeptieren, dass der Nahverkehr, die Krankenhäuser, die Bezirke, die Kinder- und Jugendeinrichtungen ihre Aufgaben nicht wahrnehmen können.

- ⇒ Niemand kann akzeptieren, dass Berlin die Hauptstadt prekärer Beschäftigung, der Armut und der Kinderarmut bleibt. Über 560.000 Berlinerinnen und Berliner leben von „Hartz IV“ (BA-Statistik 08/2014).

- ⇒ Niemand kann akzeptieren, dass diese Politik des „Kaputtsparens weiter fortgesetzt wird. (...)

Schluss mit den öffentlich verantworteten „tarifvertragsfreie Zonen“ und „prekärer Beschäftigung:

- ⇒ ver.di Berlin fordert die Rückholung der CFM in die Charité und ihre Integration in den gemeinsamen Tarifvertrag der Charité, wir fordern sichere Arbeitsplätze, keine Leiharbeit auf Dauerarbeitsplätzen.

- ⇒ Bei Vivantes erkämpfte Verdi den ungeschmälerten TVöD bei der Muttergesellschaft in diesem Jahr nach 12 Jahren Lohnverzicht der Beschäftigten. Nun müssen auch die zahlreichen Tochtergesellschaften in den TVöD zurückgeholt werden. Es gibt mehrere tariflose Tochtergesellschaften (zB Service GmbH) und weitere stehen direkt vor der Gründung. Etwa 30% der Beschäftigten, die derzeit in einem Gestellungsverhältnis in Tochtergesellschaften arbeiten, sollen nach aktuellen Plänen der Geschäftsführung nach § 613a BGB in Töchter überführt wer-

- den, die schlechtere Tarife haben oder tariflos sind.
- ⇒ Diese Pläne müssen verhindert werden.“
 - ⇒ Tarifvertrag für die arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte bei den Musikschulen.
 - ⇒ Ausstellungshonorare für Berliner Künstlerinnen und Künstler
 - ⇒ ver.di Berlin fordert, die Verdrängung regulärer, tariflich entlohnter Arbeitsverhältnisse durch kaum entlohnte Beschäftigungsmaßnahmen und (Schein-)Ehrenamt zu stoppen. Wir fordern sichere, nicht nach Ausnahmeregelungen bezahlte Arbeitsplätze auch für Erwerbslose.
 - ⇒ Schluss mit den befristeten Arbeitsverhältnissen und tarifvertragsfreien Zonen beim Technikmuseum, beim botanischen Garten, Schulbibliotheken, Volkshochschulen und bei der BVG, bzw. ihrer Tochter, der Berlin Transport.
 - ⇒ Rückkehr zum TVöD bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.
 - ⇒ Keine prekäre Beschäftigung bei den Lehrbeauftragten an den Hochschulen!“

**** *

Es reicht!

Zahlreiche KollegInnen aus den verschiedensten Einrichtungen und Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die dem Aufruf von ver.di gefolgt sind und gegen die Kaputtsparpolitik demonstriert haben, haben mit ihren Widerstandsbewegungen, von denen einige in dieser Broschüre dokumentiert sind, gezeigt, dass sie bereit sind, sich zu engagieren und zu kämpfen für die Forderungen

- ◆ **Schluss mit den prekären, entrechteten Arbeitsverhältnissen in Berlin!**
- ◆ **Schluss mit der Ausweitung unsicherer Arbeit!**
- ◆ **Schluss mit der Auslagerung von**

ganzen Arbeitsbereichen mit den Folgen mangelnder tarifvertraglichen Regelungen und Schutzbestimmungen.

Wie in Berlin wächst bundesweit der Druck und Widerstand bei den Beschäftigten in den Kommunen, Krankenhäusern... gegen diese Politik des Kaputtsparens, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen Lohn- und Sozialdumping.

In dieser Situation hat die Große Koalition unter Federführung der Arbeitsministerin Nahles (SPD) unter dem Druck der Arbeitgeber ein „Tarifeinheitsgesetz“ auf den Weg gebracht. Es eröffnet der Regierung und der Justiz die Möglichkeit, im Namen der „Unverhältnismäßigkeit“ gegenüber dem „allgemeinen und öffentlichen Interesse“, das zweifellos z.B. durch die Schuldenbremse/Sparpolitik definiert wird, gewerkschaftliche Streiks mit der Drohung des Verbots unter Druck zu setzen. Durch das Vorantreiben von betrieblichen Tarifverhandlungen und Tarifverträgen fördert das Gesetz die weitere Zersplitterung der Flächentarifverträge, die Konkurrenz der Beschäftigten gegeneinander. Eine einheitliche und solidarische Interessenvertretung aller Beschäftigten eines Betriebes muss von den Gewerkschaften in eigener Autonomie realisiert werden.

Der ver.di-Bezirk Berlin hat sich deshalb an die Delegierten des o.g. SPD-Landesparteitags mit der Forderung gewandt:

„Jedes Gesetz zur Tarifeinheit ist ein Eingriff in die Tarifautonomie (Art. 9 GG), es schadet und schwächt die Arbeitnehmerseite und ihre Gewerkschaften. (...) Die DGB Gewerkschaften haben die Zersplitterung von Unternehmen bekämpft und

bekämpfen sie noch. Tariffucht, Ausgründung, Privatisierung und Betriebsübergang hießen die Werkzeuge der Täter. (...)

Für ver.di gilt: alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen tragen zum wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens bei, die Putzfrau genauso wie die Techniker. Deshalb sind sie am erfolgreichsten, wenn sie solidarisch gemeinsam im gleichen Arbeitskampf für die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen eintreten und im Streik Seite an Seite für alle kämpfen!

Hände weg vom Streikrecht! Kein Gesetz zur Tarifeinheit!“

Alle KollegInnen sind aufgerufen, die Unterschriftensammlung der drei Gewerkschaften ver.di, GEW und NGG zu unterstützen: „Tarifeinheit JA“ – Eingriff ins Streikrecht NEIN!“

Gotthard Krupp

Unterschriften werden unter folgenden Link angenommen:

<https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit>

Kontakt & Verantwortlich für die Zusammenstellung:

Volker Prasuhn, E-Mail: prasuhn@gmx.de

Das nächste Treffen wird am

9. Januar 2015 um 19:00 Uhr stattfinden.

Ort: Rathaus Reinickendorf, Raum 230,

Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin

Nehmt Kontakt aus, wir laden Euch gerne ein.

